

Finanzen, Steuern und Abgaben



Mehr dem Mittelstand, weniger dem Staat

Der Staat wächst und wächst. Die Ausgaben des Bundes haben sich seit 1990 mehr als verdoppelt. Steuern, Abgaben und Gebühren werden laufend erhöht. Die Politik von Mitte-Links zielt darauf ab, an mehr Geld der hart arbeitenden Bevölkerung zu kommen und dieses umzuverteilen. Die Zeche zahlt insbesondere der Mittelstand. Diese Dynamik ist endlich zu brechen. Wer arbeitet und selbstverantwortlich Geld zur Seite gelegt hat, soll auch in Zukunft etwas von seinem Ersparnen haben.



Gaby Infortuna

Treuhänderin mit eidg. Fachausweis



Statt den Mittelstand zu entlasten, gibt der Bund jährlich Milliarden für die Entwicklungshilfe aus. Trotzdem kommen jedes Jahr Zehntausende Asylmigranten in unser Land. Statt Milliarden ins Ausland zu verschenken, sollen unsere hart erarbeiteten Steuergelder der Schweizer Bevölkerung zugutekommen.



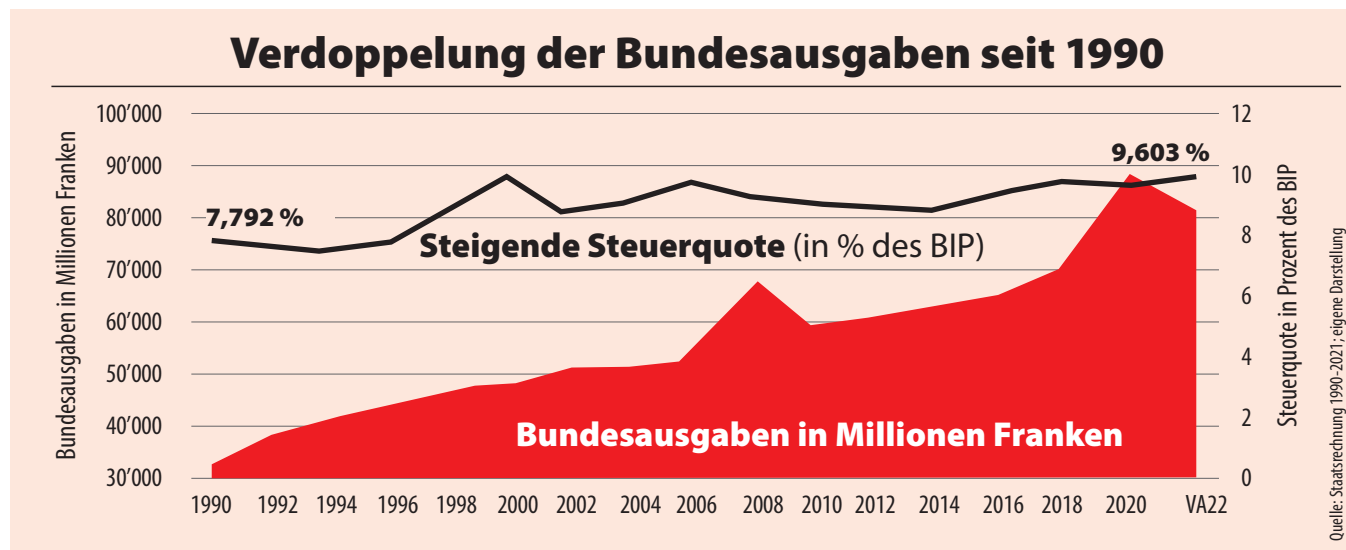
Ausgabenwachstum bremsen

Trotz jahrelanger positiver Rechnungsabschlüsse befinden sich die Bundesfinanzen in einer schlechten Verfassung. Wurden 1990 noch gut 32 Milliarden Franken ausgegeben, sind es 2023 bereits 82 Milliarden Franken. Im ersten Corona-Jahr 2020 sind die Ausgaben gar mit 89 Milliarden explodiert, das Defizit betrug 15 Milliarden Franken. Bis Ende 2022 haben sich die Schulden der masslosen Coronapolitik auf weit über 30 Milliarden Franken aufgetürmt. Die SVP fordert Einsparungen im Bundeshaushalt zum schnellen Abbau der Ver-

schuldung und zur Reduktion der stetig steigenden Ausgaben. Der Einhaltung der durch Volk und Stände eingeführten Schuldenbremse (Bundesverfassung Art. 126) ist höchste Priorität beizumessen. Ihr Ziel ist es, die Verschuldung über den Konjunkturzyklus hinweg konstant zu halten. Dies bewirkt bei wachsender Wirtschaft eine sinkende Verschuldungsquote.

Soziale Wohlfahrt bedroht Wohlstand

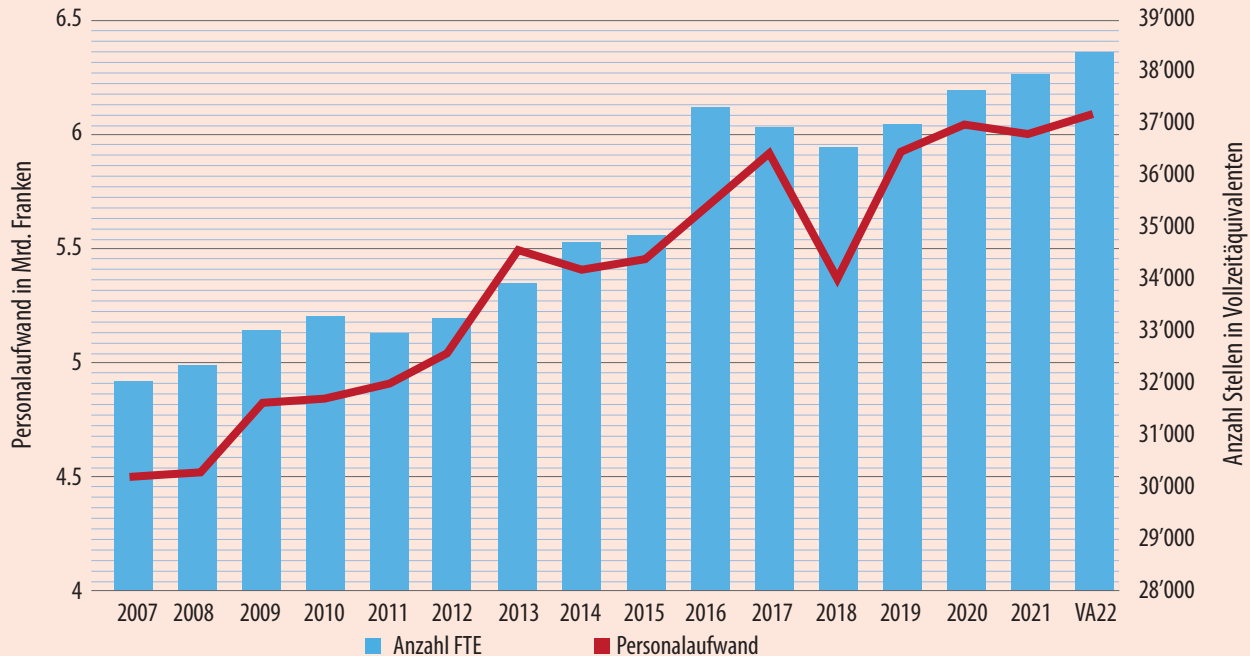
Während bei der Landwirtschaft und Armee jahrelang gespart wurde, wuchsen andere Bereiche ungebremst. Mit



Abstand den grössten Ausgabenposten bildet heute die soziale Wohlfahrt. Sie macht über einen Drittel der gesamten Bundesausgaben aus. Entgegen dem linken Mantra, in der Schweiz werde «Sozialabbau» betrieben und der Staat «kaputtgespart»,

floriert die Sozialbranche geradezu. Die Bundesausgaben für soziale Wohlfahrt verdoppelten sich in den letzten 20 Jahren von 14 auf knapp 28 Milliarden Franken. Allein für die soziale Wohlfahrt wird somit mehr Geld ausgegeben als für Armee,

Entwicklung Personalaufwand und Stellenbestand des Bundes



Bildung und Verkehr zusammen. Hier sind strukturelle Massnahmen zur Sicherung unserer sozialen Errungenschaften zwingend. Einen weiteren Ausbau und die Duldung von Sozialschmarotzern darf es nicht geben.

Die Verwaltung wächst auf unsere Kosten

Auch die Bundesverwaltung ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen. Während der Personalaufwand im Jahr 2007 noch bei 4,5 Milliarden Franken lag, betrug er im Jahr 2021 bereits 6 Milliarden Franken, stieg also in knapp 15 Jahren um über 20 Prozent. Ein beachtlicher Anteil dieses Wachstums geht auf neue Stellen und auf Funktionswechsel zurück. Insgesamt arbeiteten beim Bund 2021 knapp 40'000 Personen, 2007 waren es noch rund 32'000. Der durchschnittliche Jahres-Bruttolohn eines Bundesangestellten betrug 2021 126'329 Franken. Anstatt für die Bürger da zu sein und sparen zu wollen, zelebriert die Verwaltung das Mantra einer ausgeglichen Geschlechterverteilung.

Stopp dem Bussenterror

Neben Steuern, Abgaben und Gebühren, welche in den vergangenen Jahren von Bund, Kantonen und Gemeinden erhöht wurden (z. B. CO₂-Abgaben, Solidaritätsprozent ALV, Abfall- und Abwassergebühren, usw.) schantzt sich die öffentliche Hand immer mehr Mittel über Bussen zu. Diese erhalten damit faktisch einen fiskalischen Charakter. Die Wirkung als Strafe oder zur Erhöhung der Sicherheit, tritt in den Hintergrund. Der Mechanismus bei den Bussen ist klar: Dank mehr Bus-

seneinnahmen können die Behörden verhältnismässig einfach auf das Geld der Bürger zugreifen, wogegen die Steuern nur mit Zustimmung des Volks erhöht werden können.

Damit mehr zum Leben bleibt

Wohlstand und Arbeitsplätze lassen sich nur erhalten, wenn die Bürger und Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können. Heute müssen wir fast die Hälfte des Jahres



für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren) arbeiten. Nur mit einer deutlichen Entlastung durch Senkung der Steuern und Abgaben entstehen wieder mehr Privatinvestitionen, mehr Innovation und damit neue Arbeitsplätze und Lehrstellen. Die SVP bekämpft deshalb alle neuen Steuern, Abgaben und Gebühren und fordert im Gegenteil steuerliche Entlastungen. So setzt sich die SVP für die Abschaffung der eigentumsfeindlichen Eigenmietwertbesteuerung ein und unterstützt die Volksinitiative, die eine Begrenzung der Zwangsabgabe für Radio und Fernsehen auf 200 Franken jährlich fordert. Ehepaare und Familien sollen bei den Steuern bessergestellt werden, deshalb lehnt die SVP die Individualbesteuerung grundsätzlich ab. Die SVP bekennt sich auch in aller Deutlichkeit zum Schweizer Franken und zum Bargeld wie auch zur Unabhängigkeit der Nationalbank.

Weniger Steuergeld ins Ausland

Die SVP macht sich stark für einen kostengünstigen, schlanken Staat. Es darf nicht sein, dass immer neue Einnahmequellen erschlossen werden, um ständig neue Staatsaufgaben zu finanzieren. Die massiv steigenden Ausgaben für die Ausland- und Entwicklungshilfe von jährlich über drei Milliarden Franken sind massiv zu kürzen. Internationale Organisationen wie die UNO drängen die Schweiz, die Entwicklungshilfeausgaben zu erhöhen. Der Anteil der Entwicklungshilfeausgaben an allen in der Schweiz hergestellten Dienstleistungen und Waren (dem sogenannten Bruttonationaleinkommen) war 2021 bei 0.51 Prozent: Tendenz steigend! Die SVP kämpft dagegen, dass

Schweizer Steuergelder in der multilateralen Entwicklungshilfe versickern oder dazu dienen, ineffiziente Entwicklungsbanken zu finanzieren.

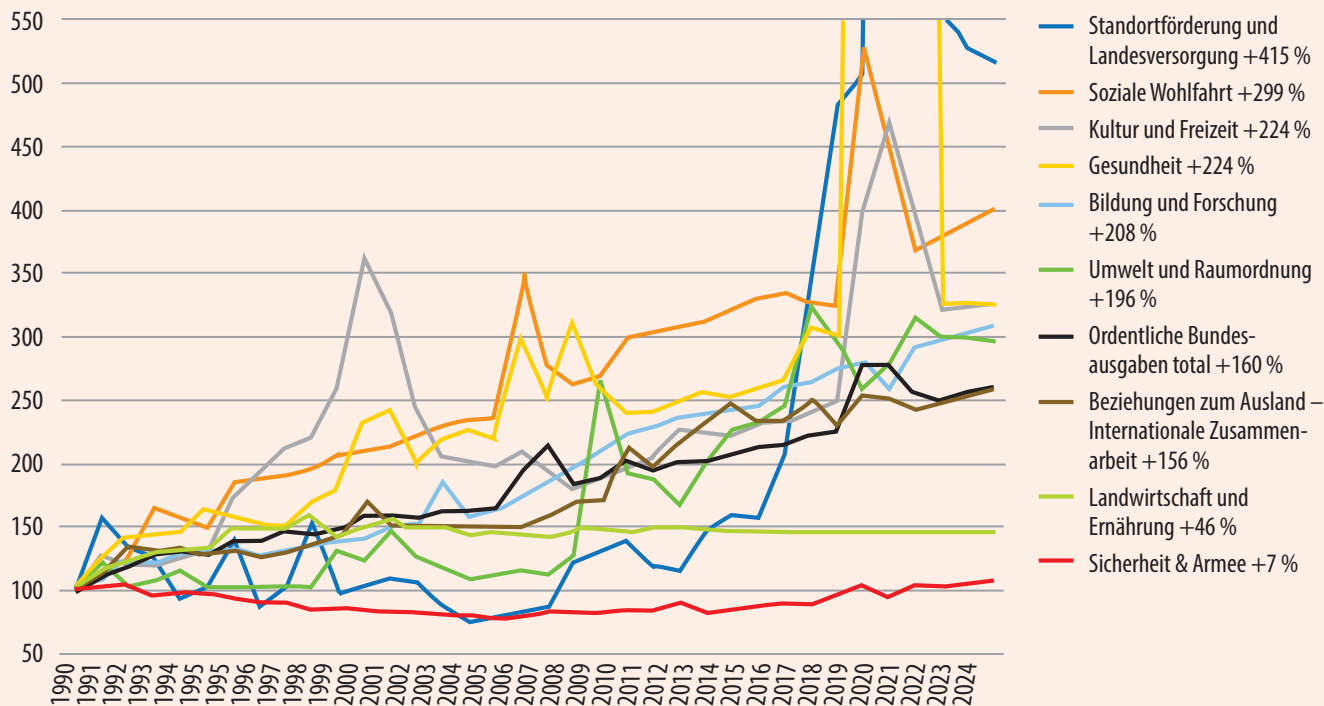
Steuerwettbewerb erhalten

Die SVP ist die Partei des Föderalismus und damit der Steuerhoheit der Kantone und Gemeinden. Nur so kann Wettbewerb stattfinden, und nur so sind bequem gewordene Behörden gezwungen, ihre Steuerpolitik zugunsten der Bürger, statt im Dienst ihrer Verwaltungsinteressen zu gestalten. Dem Druck aus dem Ausland auf das schweizerische Steuersystem ist zu widerstehen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Steuersystems ist ein grosser Standortvorteil. Anpassungen dürfen nur erfolgen, wenn sie durch steuerliche Erleichterungen in anderen Bereichen kompensiert werden.

Fairer nationaler Finanzausgleich

Im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs (NFA) werden mit dem Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich Finanzmittel vom Bund zu den Kantonen und zwischen den ressourcenstarken bzw. ressourcenschwachen Kantonen umverteilt. Aus Sicht der SVP muss der Finanz- und Lastenausgleich angemessen und fair sein, damit die Unterschiede zwischen den Kantonen effizient verringert und übermässige finanzielle Lasten aufgrund ihrer strukturellen Bedingungen ausgeglichen werden können. Dafür braucht es eine Obergrenze beim NFA und positive Anreize für Nehmerkantone, ihre Finanzkraft zu verbessern.

Indexierte Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabengebiet seit 1990



Quelle: Datacenter, EFV; eigene Darstellung

Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich ein für tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren für alle und lehnt jegliche neuen Steuern, Abgaben und Gebühren sowie Erhöhungen ab;
- setzt sich ein für den Erhalt des bewährten Schweizer Steuerföderalismus;
- kämpft dafür, dass der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt, und dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt;
- lehnt jede Aufweichung der Schuldenbremse ab. Budgetüberschüsse müssen weiterhin vollumfänglich für den Schuldenabbau verwendet werden;
- verlangt regelmässige und umfassende Aufgabenüberprüfungen, mit denen überflüssige Verwaltungsaufgaben und -einheiten reduziert werden können;
- setzt sich für eine Reduktion der gebundenen Ausgaben beim Bund ein;
- fordert, dass das Wachstum des öffentlichen Sektors sofort gestoppt wird. Heute wächst der öffentliche Sektor nicht nur am schnellsten, sondern auch viel stärker als die Wirtschaft (BIP). Das gilt es zu stoppen;
- fordert Schluss mit den Beamten-Privilegien gegenüber der arbeitenden Bevölkerung in der Privatwirtschaft auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene: Streichung und Anpassung der Beamtenprivilegien (Ferien- und Feiertage, paritätischer BVG-Beitrag, Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaube, Ortszuschlag, usw.);
- setzt sich dafür ein, dass die Lohn- und Lohnnebenkosten des Bundespersonals an die Durchschnittslöhne der Privatwirtschaft angepasst werden;
- setzt sich für ein Finanzreferendum ein, damit das Volk bei Finanzausgaben das letzte Wort hat;
- verlangt eine international unabhängige und konkurrenzfähige Unternehmensbesteuerung;
- fordert die Abschaffung der Heiratsstrafe und lehnt die Individualbesteuerung ab, welche die Ehe als Wertegemeinschaft unterwandert;
- setzt sich für die Unabhängigkeit der Nationalbank und den Erhalt des Schweizer Frankens ein.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Bürger mehr Geld im Portemonnaie, da keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben eingeführt werden;
- ✓ als Konsument tiefere Preise;
- ✓ als Angestellter und Lehrling die Sicherung meines Arbeitsplatzes;
- ✓ als Unternehmer mehr Geld für Investitionen in die Zukunft;
- ✓ als Auto- und Motorradfahrer weniger Bussenterror und moderate Treibstoffpreise.